17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

auf Annahme einer EntschlieÙung

Olympische Sommerspiele 2024 oder 2028 in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin begrüÙt die Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) die Olympischen und die Paralympischen Spiele nach Deutschland holen zu wollen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt sich vor diesem Hintergrund für eine Bewerbung Berlins als Austragungsort der Olympischen und der Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 unter folgenden Bedingungen ein:

I. Bürgerbeteiligung und Transparenz

Olympische und Paralympische Spiele in Berlin betreffen grundsätzlich alle Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund sind die Bewerbung, jegliche weitere Planung, als auch die Kosten ausdrücklich unter dem Transparenzgebot und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft durchzuführen. Wir wollen im Dialog mit der Zivilgesellschaft und mit dem Rat von Expertinnen und Experten über Optionen entscheiden können, um somit ein gemeinsames, mehrheitsfähiges Konzept erstellen zu können. Darüber hinaus sind Erfahrungswerte früherer Bewerbungen anderer Städte einzubeziehen.

Zeitnah nach einer Entscheidung des DOSB, Berlin zur Bewerbung aufzufordern, wird zur parlamentarischen Begleitung und Kontrolle ein Unterausschuss „Olympische und Paralympische Spiele“ eingerichtet.

Auf Basis eines gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern erarbeiteten, stimmigen Konzeptes ist eine verbindliche Befragung über eine Olympiabewerbung Berlins beim IOC im Jahr 2015 herbeizuführen. Abgeordnetenhaus und Senat erklären vorab, das Ergebnis als verbindlich zu akzeptieren.

Berlin verpflichtet sich und alle seine Auftragnehmer auf die „Grundsätze einer transparenten Olympiabewerbung“, wie sie durch Transparency International vorgelegt wurden.

II: Reform des IOK

Das Abgeordnetenhaus begrüßt die Diskussion um eine Reform des Internationalen Olympischen Komitees und setzt auf eine spürbare Umsetzung. Das IOK muss den Städten mehr Spielräume in der Gestaltung ihres Austragungskonzeptes gewähren, sodass Olympische und Paralympische Spiele transparent und unter der Prämisse ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit ausgeführt werden können. Austragungsort und IOK müssen Vertragspartnerinnen auf Augenhöhe sein, die über Vertragsgestaltung, Rechte und Pflichten ihrer jeweiligen Seite verhandeln.

III. Ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Infrastruktur und Stadtentwicklung

Das Abgeordnetenhaus setzt sich bei einer möglichen Bewerbungskonzeption für die wesentlichen Schwerpunkte ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit ein. Berlin verfügt bereits über eine ausgebaute Sport- und Verkehrsinfrastruktur – auf dieses Potential muss zurückgegriffen und es behutsam weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die zusätzliche Schaffung von Sportstätten und die damit verbundenen Ergänzungen der Verkehrsinfrastruktur durch Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes sind bedarfsgemessen und zukunftsorientiert zu konzipieren und Baustein des Umbaus zur Nachhaltigen Metropole. Barrierefreiheit ist als Leitmotiv aller Planungen für die Olympischen und Paralympischen Spiele zu setzen.

Ein Olympisches Dorf soll sich sinnvoll in die Stadt einfügen und nach der Austragung als dringend benötigter sozialer, generationengerechter und studentischer Wohnraum zur Verfügung stehen. Der Bau eines Olympischen Dorfes in der gemeinsamen Verantwortung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist zu prüfen.

IV. Bescheidene Spiele unter Einbeziehung der Region

Das Abgeordnetenhaus fordert bescheidene Spiele unter Einbeziehung der ostdeutschen Region. Temporäre Sportstätten und geeignete Sportanlagen der Umgebung sind in die Planung einzubeziehen. Diese Synergieeffekte sollen beispielhaft für die Nachhaltigkeit Olympischer und Paralympischer Spiele insgesamt stehen und zusätzlich die ostdeutsche Region und zusätzlich die regionale Wirtschaft stärken. Damit wird unterstrichen, dass es sich um eine deutsche Bewerbung und nicht um einen Berliner Alleingang handelt. Um die Einbeziehung der Region auch in die Konzeptionierungs- und Planungsphase zu sichern, werden sie in die durch das Abgeordnetenhaus zu errichtende Planungs- und Bewerbungsgesellschaft auf Aufsichtsratsebene einbezogen.

V. Solide Finanzierung

Das Abgeordnetenhaus fordert im Rahmen einer deutschen Bewerbung mit dem Land Berlin eine solide Finanzierung unter angemessener Beteiligung des Bundes und der Privatwirtschaft. Darüber hinaus sind die Risiken einer Durchführung von Olympischen und Paralympischen Spielen in einer Rückstellung bereitzustellen. Eine Verschuldung des Landes Berlin durch eine Olympiabewerbung darf es nicht geben. Die finanzielle Konzeption einer möglichen Bewerbung soll daher vor allem nachhaltige Investitionen vorbereiten. Grundsätzlich soll bei dem Finanzierungskonzept, neben der Bewerbung und den

Auf- und Ausbau der Infrastruktur, auch die allgemeine und vor allem inklusive Sportförderung des Leistungs- und Breitensports miteinbezogen und gestärkt werden. Ferner soll das Modell einer deutschen Olympia-Lotterie, analog zum britischen Modell für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2012 in London, überprüft werden.

VI. Sicherheit mit Augenmaß

Ein Sicherheitskonzept für Olympische und Paralympische Spiele muss – wie zu allen anderen Großveranstaltungen – verhältnismäßig, mit Augenmaß und für die Menschen in dieser Stadt so wenig wie möglich einschränkend sein. Die Berliner Vielfalt in Lebensentwürfen und Meinungen und die lebhafteste, diskussionsfreudige Kultur unserer Stadtgesellschaft gehören zu den Punkten, die weltweit als typisch für Berlin und wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt beiträgend gesehen werden. Dies muss auch während der Phase einer Bewerbung und der Durchführung von Olympischen und Paralympischen Spielen so gelten. Einschränkungen von Versammlungs- und Meinungsfreiheit lehnen wir ab.

VII: Förderung des Kinder- und Jugendsports

Das Abgeordnetenhaus will im Rahmen einer Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele vor allem den Bereich des Kinder- und Jugendsports unterstützen. So können durch den Neubau und die Sanierung von Sporthallen beispielsweise Spitzen-, Breiten- und Individualsport miteinander verbunden werden, als auch eine dem Bevölkerungswachstum entsprechende Sicherung des Schul- und Kitasports gewährleistet werden. Begleitend zu den Wettbewerben der Olympischen und Paralympischen Spiele sind für alle Interessierten frei zugängliche Angebote zu schaffen, die die Vielfalt von Sport, Bewegung und Kultur aufzeigen und erlebbar machen.

Eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 bietet nicht nur für Berlin, sondern stellvertretend für die gesamte Bundesrepublik eine hervorragende Gelegenheit, sich als herzliches und weltoffenes Gastgeberland und innovativer Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Berlin wird von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen profitieren – sofern die Bedingungen stimmen. Der Erfolg einer Bewerbung erfordert das Zusammenwirken von Bund, Ländern, Bezirken, Sport, Wirtschaft, allen gesellschaftlichen Gruppen und ist vor allem unter der Berücksichtigung der genannten Maßgaben durchzuführen.

Berlin, 30. September 2014

Saleh Buchner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Trapp Zeelen
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU